

# Kapitalistische Privatproduktion und Staatsintervention

## I.

Seit Marx seine Texte zur Kritik der Politischen Ökonomie geschrieben hat, hat die Staatsintervention in die kapitalistische Produktionsweise enorm zugenommen. Sie ist bis heute in ihrer Bedeutung, Wirkungsweise und in Bezug auf ihre Ursachen umstritten; im bürgerlichen Lager und unter AnarchistInnen, SozialistInnen und KommunistInnen.

Diese Staatsintervention wirkt in sehr unterschiedlicher Weise auf ökonomische Gesetze und soziale Verhältnisse ein. Sie umfasst „Konjunkturprogramme“, Subventionen für einzelne Kapitale oder ganze Branchen, Regulation des „Finanzwesens“ (Geld, Kredit), soziale Reformen (sogenannte Transferleistungen), gesetzliche Vorschriften für Arbeitssicherheit, Gesundheits- und Umweltschutz, und betrifft durch die Vorgabe von Produkteigenschaften unmittelbar die zur Herstellung von Waren notwendige Arbeitszeit, also die Wertproduktion. Um nur das Wichtigste zu nennen. Zu Marx Lebzeiten gab es keine annähernd so umfangreiche, ökonomisch relevante Staatsintervention, keine vergleichbaren „Konjunkturprogramme“ zur Bewältigung von Krisen; es gab schon gar keinen „Sozialstaat“ mit Krankenversicherung, Rentenversicherung oder Arbeitslosenversicherung oder umfassende staatliche Vorgaben für Produkteigenschaften von Waren. usw. Es gab lediglich erste Ansätze einer „Fabrikgesetzgebung“ zur Begrenzung von Arbeitszeiten. Das „Kapital“ wurde geschrieben unter dem Eindruck einer „zügellosten“ Privatproduktion in England und es wurde bewusst auf einem hohen Abstraktionsniveau geschrieben, um die ökonomischen Gesetzmäßigkeiten die sich unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen herausbilden, möglichst rein darzustellen.

## II.

So unterschiedlich wie die staatlichen Interventionen im einzelnen sind, so unterschiedlich sind ihre Ursachen.

- Keynesianische Wirtschaftspolitik zur Überwindung von Krisen und zur Erreichung von Vollbeschäftigung hatte ihre Ursache in der großen Weltwirtschaftskrise mit einer nicht enden wollenden Depression. Sie entsprang einer ökonomischen Notwendigkeit.
- Die Anfänge des „Sozialstaates“ unter Bismarck hatten ihre Ursache in der erstarkenden sozialdemokratischen ArbeiterInnenbewegung mit ihren solidarischen Selbsthilfeorganisationen, als trocken zu legenden „Sumpf“ gegen sozialrevolutionäre Bestrebungen. (Verbot sozialdemokratischer Aktivitäten und Verstaatlichung der Selbsthilfeorganisationen).
- Reformen wie die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall für ArbeiterInnen entstanden direkt als Folge von Kämpfen für eine solche Reform. Usw.

Es sind also nur ganz bestimmte Staatsinterventionen, die direkte Folge ökonomischer Verwerfungen/Krisen waren bzw. sind und als ökonomische Notwendigkeit charakterisiert werden können. Maßnahmen, die politisch auf „Befriedung des Klassengegensatzes“ und solche, die ökonomisch auf Überwindung von Verwertungsproblemen des Kapitals zielen, müssen unterschieden werden. Die Handlungsspielräume der herrschenden Klasse sind hier jeweils auch sehr unterschiedlich.

## III.

Die ökonomischen Gesetze, die sich aus dem grundlegenden Produktionsverhältnissen ergeben und die Produktionsweise regulieren, existieren fort; aber sie wirken unter den Bedingungen der umfassenden Staatsintervention in mehr oder weniger stark modifizierter Weise.

Zu den grundlegenden Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen allgemeinen Warenproduktion gehören die periodisch wiederkehren Krisen, deren grundlegende Erscheinungsform die allgemeine Überproduktion ist und deren Ursache die Überakkumulation von Kapital. Zu dieser Gesetzmäßigkeit gehört auch die Art der Überwindung der Krise durch Entwertung/Vernichtung von Kapital und durch Steigerung des Ausbeutungsgrades von Lohnarbeit.

Worin besteht nun die Modifizierung durch Staatsintervention?

Paul Mattick vertritt die These, wonach die Staatsintervention aufschiebende Wirkung für die Krisen hat. Das ist einigermaßen plausibel, wenn man sich vor Augen führt, wann sein Buch „Marx und Keynes“ erschienen ist und was er vor Augen hatte. Er schrieb unter dem Eindruck von großer Weltwirtschaftskrise, Krieg und dem anschließenden, weitgehend ungebrochenen Aufschwung, den sogenannten „trente glorieux“. Ein Blick auf die Entwicklung des BIP der entwickelten kapitalistischen Länder bis zur Weltwirtschaftskrise 1974/75 zeigt zwar deutlich den Zyklus der Kapitalakkumulation, aber keine Krisen. Auch in den Tiefpunkten der Konjunktur wuchs das gesellschaftliche Gesamtkapital der entwickelten Länder. Daraus lässt sich aus meiner Sicht die These von der Krisen aufschiebenden Wirkung der Staatsintervention erklären.

Was Mattick speziell vor Augen hatte, war ferner die USA als Motor der Weltmarktkonjunktur und speziell die Rüstungsausgaben der USA.

Mit der Weltwirtschaftskrise von 1974/75 ist der Zyklus als Krisenzyklus zurückgekehrt. Die außergewöhnlichen Bedingungen für den langen Nachkriegsboom hatten sich erschöpft. Dass eine der Weltwirtschaftskrisen, die danach folgten, „aufgeschoben“ sei, halte ich für eine fragwürdige Aussage, die durch nichts bewiesen werden kann.

Die These vom Aufschieben der Krisen durch Staatsintervention ergibt für mich nur dann einen (fragwürdigen) Sinn, wenn man zu wissen meint, dass die „eigentliche Krise“ - ohne alle Formen der Staatsintervention - viel schwerer hätte ausfallen müssen oder wenn man gar eine „finale Krise“ erwartet. Für mich macht es gar keinen Sinn, die heutigen Weltwirtschaftskrisen unter Abstraktion von der Staatsintervention einschätzen zu wollen.

Die Modifikation durch Staatsintervention betrifft nicht den Zeitpunkt der Krisen, sondern die Art, wie die Krisen bewältigt werden. Es ist müßig, darüber zu diskutieren ob beispielsweise die Krise von 2001-2003 oder die von 2007-2009 eigentlich 1 oder 2 Jahre früher hätten ausbrechen müssen. Die Modifikation speziell dieser beiden Krisen durch Staatsintervention besteht aus meiner Sicht entscheidend darin, dass der spontane Krisenprozess mit seiner Entwertung/Vernichtung von Kapital gebrochen oder wirkungsvoll unterbrochen wurde. Allerdings um den Preis riesig anwachsender Staatsverschuldung und Konservierung von Überakkumulation. Das ist dann eine belastende Hypothek für den Aufschwung, schwächt ihn ab. Die im Resultat geringer werdenden Wachstumsraten werden gern benutzt, um von „permanenter Krise“ zu sprechen.

#### IV.

Christoph Deutschmann weist aus meiner Sicht sehr zu Recht auf einen anderen Mangel in der Argumentation von Paul Mattick hin:

*„Mattick zufolge repräsentieren die vom Staat verausgabten Gelder stets einen Teil des vorher im privaten Sektor produzierten und realisierten Mehrwerts. .... Diese Argumentation übersieht den qualitativen Unterschied, der zwischen der Finanzierung der Staatsausgaben durch Steuern und durch Kreditaufnahme besteht.“*

Der moderne Kredit ist keinesfalls durchgängig „Äquivalent schon vorher produzierter Warenwerte“, wie Mattick unterstellt. Notenbanken stellen heute Geschäftsbanken Kreditgeld zur Verfügung, das weder ein solches Äquivalent darstellt, noch durch Gold gedeckt ist. Mit solchen Krediten kaufen Geschäftsbanken dann „am Kapitalmarkt“ Staatsanleihen ... und in manchen Ländern kaufen Notenbanken mit „frisch gedrucktem Geld“ auch direkt Staatsanleihen.

Die Geldware Gold, die verlangte Golddeckung der Währungen war immer eine Schranke für die Ausdehnung von Kredit und Kreditgeld. Daher wurde der Goldstandard teilweise schon für die Kreditfinanzierung in Weltkrieg 1 und 2 aufgehoben. Er wurde endgültig zu den Akten gelegt mit der Aufkündigung der Goldkonvertibilität des Dollar durch die Nixon-Administration zu Beginn der 1970er Jahre. Die heutige Staatsverschuldung, die gigantischen staatlichen Stützungsprogramme für „die Wirtschaft“ wären mit Währungen, die an das Gold gebunden sind, undenkbar. Ohne Kredit und ohne Ausdehnung des Kredits kein Aufschwung, kein Wachstum des Kapitals und ohne Kredit und Ausdehnung des Kredits kein Ausweg aus der Krise. Die enorm gewachsene Bedeutung des Kredits drückt sich auch in modifizierten Verlaufsformen der Überproduktionskrise aus. Zugespitzt könnte man das so formulieren: Die Überproduktion äußert sich nicht unvermittelt als Unverkäuflichkeit der Waren. Der Kredit und seine Ausdehnung verdecken Überproduktion. Die Überproduktionskrise nimmt ihren Ausgangspunkt von der Zahlungsunfähigkeit von Kreditnehmern und der Erschütterung des Kreditwesens (wie in der letzten Weltwirtschaftskrise). Ein Kollaps des Kreditwesens der kapitalistischen Welt, der alle gesellschaftlichen Verhältnisse erschüttern würde, rückt näher mit dem Anwachsen der Schuldenberge und den von Zyklus zu Zyklus sinkenden Raten des Kapitalwachstums.

Robert  
November 2020